

**Stellungnahme des
Landesbeirats für Integration
zur aktuellen und künftigen Migrations- und Integrationspolitik**

Als Landesbeirat für Integration blicken wir mit Stolz auf die migrations- und integrationspolitischen Errungenschaften der Legislaturperiode 2021-2026 und gleichzeitig großer Sorge auf die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen in diesem Zeitraum zurück. In einer aus unserer Sicht für den Erhalt von Demokratie und Menschenrechten entscheidenden Phase machen wir mit Blick auf künftige Migrations- und Integrationspolitik in Baden-Württemberg auf folgende Aspekte aufmerksam:

- 1. Eine gelingende Integrationspolitik braucht Kontinuität. Die Landespolitik der letzten fünf Jahre hat zahlreiche integrationspolitische Verbesserungen hervorgebracht. Diese Errungenschaften gilt es unbedingt zu erhalten und weiter auszubauen.**

Im Einzelnen bedeutet dies:

Kontinuität sichern – Integration als gesamtgesellschaftliche Verantwortung stärken. Integration ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt, wirtschaftliche Stabilität und demokratische Teilhabe. Eine erfolgreiche Integrationspolitik braucht Verlässlichkeit, langfristige Strategien und eine klare politische Haltung. Die integrationspolitischen Verbesserungen durch die Landespolitik in den vergangenen fünf Jahren haben gezeigt, dass nachhaltige Strukturen wirken. Diese Erfolge gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Kommunen handlungsfähig halten. Die Kommunen stehen vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Angespannte Haushaltslagen lassen kaum Spielräume für neue integrationspolitische Maßnahmen. Gerade deshalb ist es zwingend erforderlich, bewährte Integrationsstrukturen vor Ort dauerhaft und auskömmlich durch das Land zu finanzieren. Integration darf nicht von Projektlogiken oder kurzfristigen Einsparungen abhängig gemacht werden. Planungssicherheit ist eine Grundvoraussetzung für wirksame Integrationsarbeit.

Bewährte Instrumente konsequent fortführen. Die Landespolitik der vergangenen Legislaturperiode hat zentrale Weichen gestellt. Dazu zählen insbesondere:

- die Stärkung der **Sprachförderung im frühkindlichen Bereich**, einschließlich der Nutzung von Ganztagsstrukturen,
- die **Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften** als effizientes, digitales Steuerungsinstrument mit Ausbaupotenzial,
- die **sozialindexierte Verteilung von Fördermitteln** zur gezielten Unterstützung besonders belasteter Stadtteile,
- die Vielfalt an **Förderprogrammen** zur Stärkung der Zivilgesellschaft (Integration vor Ort), Gemeinsam stark - Empowerment von Migrant:innen (wurde neu aufgelegt), der politischen Teilhabe, der Beteiligung von Frauen und der Stärkung der Demokratie insgesamt,
- sowie das **Integrationsmanagement** als fest verankertes und unverzichtbares Strukturelement.

Diese Instrumente müssen dauerhaft gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Trotz der erreichten Fortschritte besteht erheblicher Handlungsbedarf:

- **Psychische Erkrankungen im Kontext von Migration** müssen strukturell stärker berücksichtigt werden – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- **Rückführungen von gut integrierten Menschen in Ausbildung oder Arbeit** gefährden integrationspolitische Ziele und verschärfen den Fachkräftemangel.
- **Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt** ist eine zentrale Integrationsbarriere. Es braucht entschlossene Maßnahmen gegen Benachteiligung sowie den Ausbau von bezahlbarem Wohnraum.
- Integrationspolitik muss sich klar **von defizitorientierten Narrativen lösen**. Vielfalt ist Normalität und gesellschaftliche Realität. Positive Beispiele gelingender Integration müssen stärker sichtbar gemacht werden, etwa durch eine gezielte mediale Begleitung des Landesintegrationspreises, an dessen Verleihung der Landesbeirat eine erhebliche Beteiligung hatte.
- **Integrationsbeiräte** sind als demokratische Beteiligungsstrukturen unverzichtbar und müssen erhalten, gestärkt und weiter ausgebaut werden.
- Das **Integrationsmanagement** ist als Pflichtaufgabe zu sichern und weiterzuentwickeln.
- Angesichts begrenzter Fördermittel braucht es künftig einen stärkeren Fokus auf die **gemeinsame Verantwortung**: gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht durch aktives Mitwirken aller – auch und gerade durch Migrant:innenorganisationen., d.h. die migrationsbedingte Vielfalt mit ihren Kompetenzen und Ressourcen für die Gesellschaft und Wirtschaft zu nutzen. Hierbei sollte in den Mittelpunkt gestellt werden, was die Gesellschaft eint und wie sich jede:r stärker einbringen und Verantwortung für die gesamte Gesellschaft übernehmen kann.

Integration ist immer eine gesellschaftliche Aufgabe, die die Mitwirkung und den Gestaltungswillen aller Sektoren – Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Medien – erfordert. Sie gelingt dort, wo politische Kontinuität, verlässliche Finanzierung und eine wertschätzende Haltung zusammenkommen. Diese Rahmenbedingungen zu schaffen und zu sichern, ist in besonderer Weise Verantwortung der Politik. Das Land ist aufgefordert, Integration weiterhin als zentrale Zukunftsaufgabe zu begreifen, bewährte Strukturen zu sichern und klare politische Signale für Teilhabe, Vielfalt und Zusammenhalt zu setzen.

2. Integrations- und Migrationspolitik bieten Chancen und haben Folgen für unser gesellschaftliches und politisches Miteinander. Der Erhalt von Demokratie und Menschenrechten sollte auch im Umgang mit Migrant:innen neue Priorität erfahren.

Im Einzelnen erinnern wir an folgende Aspekte:

Schutz des Rechts auf Asyl und der menschenrechtlichen Grundlagen sicherstellen. Wir fordern eine klare politische Positionierung gegen die Infragestellung des individuellen Rechts auf Asyl sowie gegen Bestrebungen zur Aushöhlung der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie damit einhergehendem Druck auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Menschenrechtliche Standards dürfen weder relativiert noch durch nationale oder europäische Regelungen unterlaufen werden.

GEAS-Umsetzung menschenrechtskonform gestalten. Im Zuge der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) fordern wir eine Umsetzung, die Grund- und Menschenrechte uneingeschränkt wahrt. Insbesondere sogenannte Sekundärmigrationszentren dürfen nicht zu faktischen Abschottungs- oder Isolationsstrukturen führen.

Unterbringung integrativ und zugangsoffen organisieren. Allgemein müssen Unterbringungskonzepte so gestaltet sein, dass Geflüchtete tatsächlichen Zugang zu Bildung, Schule, Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung, Sprachkursen und unabhängiger Beratung haben. Unterbringung darf Integration nicht blockieren, sondern muss sie ermöglichen.

Migration als normalen Bestandteil einer vielfältigen Gesellschaft anerkennen und ihre Potentiale nutzen. Wir fordern eine politische und gesellschaftliche Anerkennung von Migration als dauerhaften und normalen Bestandteil unserer Gesellschaft. Ziel muss es sein, Migration konstruktiv zu gestalten und ihre Potenziale im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu nutzen.

Integration als wichtige Aufgabe der Gesellschaft anerkennen. Wir appellieren, Integration als zentrale und unverzichtbare Aufgabe unserer Gesellschaft anzuerkennen und aktiv zu stärken. Zugleich rufen wir alle verantwortlichen Akteur:innen dazu auf, eine klare und sachliche Differenzierung zwischen Migrations- und Integrationspolitik vorzunehmen. Migration und Integration sind nicht gleichzusetzen – sie betreffen unterschiedliche politische Ebenen, Instrumente und Zielsetzungen. Eine Vermischung dieser Bereiche führt zu Fehlannahmen, verzerrten Debatten und unzutreffenden Verantwortungszuschreibungen. Eine differenzierte Betrachtung ist daher Voraussetzung für wirksame Maßnahmen, faire Diskussionen und nachhaltige Lösungen.

Differenzierte und sachliche Debatten fördern. Wir fordern eine Versachlichung der Migrationsdebatte. Probleme und Herausforderungen müssen offen benannt und diskutiert werden können, ohne dass pauschalisierende oder diskriminierende Zuschreibungen erfolgen. Eine einseitige Fokussierung auf neu Zugewanderte greift darüber hinaus zu kurz und grenzt Menschen aus, die seit vielen Jahren Teil dieser Gesellschaft sind.

Diskursverschiebungen entschieden entgegentreten. Wir fordern, dass demokratische Akteur:innen das Feld migrationspolitischer Debatten nicht populistischen oder vereinfachenden Narrativen überlassen. Integrations- und Migrationspolitik betrifft die gesamte Gesellschaft – nicht nur neu Zugewanderte. Ausgrenzende und rassistische Diskursmuster müssen klar zurückgewiesen werden.

Keine pauschalisierenden Problemzuschreibungen. Gesellschaftliche Konflikte dürfen nicht verallgemeinernd bestimmten Bevölkerungsgruppen zugeschrieben werden. Pauschale Schuldzuweisungen fördern Ausgrenzung und Rassismus und untergraben den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Demokratiekompetenz und politische Bildung stärken. Wir appellieren an den entschlossenen Ausbau von Demokratiekompetenz und politischer Bildung. In Zeiten, in denen demokratische Institutionen und Werte unter Druck stehen, braucht es verstärkte Anstrengungen zur Stärkung von Teilhabe, Dialogfähigkeit und pluralistischer Debattenkultur.

3. In seiner vielfältigen Zusammensetzung ist der Landesbeirat ein wichtiges Beratungsgremien der Migrations- und Integrationspolitik des Landes. Insbesondere sein Potenzial als Ideenschmiede gilt es zu stärken und weiter auszubauen.

Gemäß seinem Auftrag, die Landesregierung „bei allen wesentlichen Fragen der Integrations- und Migrationspolitik“ zu unterstützen und zu beraten (§9 Abs. 1 PartIntG), kommt dem Landesbeirat eine wichtige Funktion bei der Identifikation migrations- und integrationspolitischer Handlungsbedarfe und Lösungsansätze zu. Sein damit verbundenes Potenzial als Ideenschmiede gilt es zu nutzen und weiter auszubauen – auch im Hinblick auf das gesetzlich verankerte Ziel einer „frühzeitigen Beteiligung“ (§9 Abs. 1 PartIntG) des Landesbeirats an Vorhaben der Landesregierung.

Konkret schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

(Vorhandene) Strukturen des Landesbeirats stärken. Damit der Landesbeirat seine mögliche Rolle als Ideenschmiede mit Leben füllen kann, sind regelmäßige Treffen auf Arbeitsebene – auch unter Hinzuziehung beteiligter Akteur:innen der Landesministerien – zusätzlich zu den turnusmäßigen Beiratstreffen erforderlich. Für die im Ministerium für Gesundheit, Soziales und Integration angesiedelte Geschäftsstelle ergibt sich daraus ein erhöhter Koordinationsaufwand, welchen es durch eine hinreichende personelle Ausstattung sicherzustellen gilt. Die Geschäftsstelle sollte diesen Bedarfen entsprechend ausgebaut werden.

Den Kreis der Teilnehmenden des Landesbeirats erweitern. *Einerseits* sollte der Landesbeirat thematisch betroffene Ministerien auf ständiger Basis in die Beratungen des Landesbeirats einbinden. *Andererseits* gilt es, die Vielfalt der repräsentierten Integrationsakteur:innen im Land auszubauen und damit die Reichweite des Gremiums zu erhöhen. Die Einbettung des Landesbeirats in bestehende Netzwerke, wie z.B. das Netzwerk Integration, sollte hierbei in künftige Besetzungsverfahren einbezogen werden. Die Vielfalt und Bandbreite der am Landesbeirat beteiligten Akteur:innen sind nicht zuletzt eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit sowie die politische und gesellschaftliche Legitimität seiner Empfehlungen.

Gerade in Zeiten instabiler Wirtschafts- und Finanzlagen sowie politischer und gesellschaftlicher Unsicherheiten kann der Landesbeirat einen wertvollen und differenzierten Beitrag zu einer umsichtigen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Landespolitik auf dem Feld der Integration und Migration leisten. Eine künftige Landesregierung wäre gut beraten, dieses Potenzial zu nutzen – gerade auch in Zeiten, in denen die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens mehr denn je auf dem Spiel stehen.

Die Mitglieder des Landesbeirats für Integration:

Yalcin Bayraktar, Bürgermeister für Ordnung, Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Esslingen

Mervi Herrala, Mitglied des Liga-Ausschusses Migration

Dr. Konstanze Jüngling, Leiterin des Fachbereichs Migration und Menschenrechte bei der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Dr. Ferdinand Mirbach, Senior Expert Demokratie bei der Robert Bosch Stiftung

Argyri Paraschaki-Schauer, Geschäftsführerin des Landesverbandes der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg

Ayşe Özbabacan, Leiterin der Abteilung Integrationspolitik der Landeshauptstadt Stuttgart

Elvira Stegnos, Projektleiterin des IQ Netzwerks Baden-Württemberg

Prof. Dr. em. Dr. Annette Treibel-Illian, Pädagogische Hochschule Karlsruhe